

Nachfolgend erhalten Sie wichtige Informationen über die grundsätzlichen Folgen ausbleibender Zahlungen und zu verfügbaren staatlichen oder öffentlichen Unterstützungsangeboten.

Zahlungsverzug kann teuer werden und Ihre finanzielle Zukunft stark beeinträchtigen. Nutzen Sie Unterstützungsangebote Ihrer VR Bank eG bei Zahlungsschwierigkeiten rechtzeitig, um Schlimmeres zu vermeiden. Je früher Sie handeln, desto besser lassen sich Lösungen finden.

Folgen ausbleibender Zahlungen

Mit der Kreditaufnahme verpflichten Sie sich, die vereinbarten Raten pünktlich zurückzuzahlen.

Wenn Sie eine Kreditrate nicht zahlen, geraten Sie automatisch in Zahlungsverzug. Kommt es zu Zahlungsausfällen, kann das ernsthafte finanzielle und rechtliche Folgen haben.

Folgen ausbleibender Zahlungen sind zum Beispiel:

Verzugszinsen	Mahnkosten	Negative Schufa-Einträge
Die Bank darf für verspätete Zahlungen zusätzliche Zinsen verlangen. Verzugszinsen erhöhen Ihre Schulden weiter. Der Verzugszinssatz liegt bei Konsumentenkrediten grundsätzlich 5 Prozent, bei Hypothekendarlehen 2,5 % über dem Basiszins, sofern keine anderen Regelungen zutreffen.	Zusätzlich zu den Zinsen können Mahngebühren entstehen. Diese erhöhen Ihre Schulden weiter.	Leistungsstörungen melden wir an die Schufa. Das verschlechtert Ihre Bonität und kann es Ihnen erschweren, künftig Kredite, Mietverträge oder Handyverträge zu erhalten.
Kündigung der Geschäftsbeziehung	Inkassoverfahren und Gericht	Pfändung und Verlust von Eigentum
Bei Zahlungseinstellung sind wir berechtigt, Kredit- und Darlehensverträge zu beenden und den Gesamtbetrag zur Rückzahlung verlangen. Zur Verfügung stehende Sicherheiten werden wir dann verwertet.	Leistungsgestörte Kredite geben wir an einen Dienstleister ab. Dieser wird – nach erfolgloser Kontaktaufnahme – ein gerichtliches Mahnverfahren einleiten. Dadurch entstehen weitere Kosten für Sie, die Ihre Schulden erhöhen.	Wenn es zu einer Zwangsvollstreckung kommt, wird im Verfahrenszug Ihr Einkommen oder Ihr Eigentum (z. B. Haus, Auto, ...) gepfändet. Durch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen entstehen weitere Kosten für Sie, die Ihre Schulden erhöhen. Ihre Alterssicherung (Haus) gerät damit in Gefahr.

Was Sie tun können: staatliche / öffentliche Förderungen oder Hilfen

Sie merken vor uns, dass Sie Ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Eine steigende Inanspruchnahme Ihrer Dispositionslinie, eine erste Umschuldung auf einen Konsumentenkredit, in der Folge weitere und höhere Konsumentenkredite, um die Schulden zu finanzieren, sind erste Anzeichen, dass dauerhaft Ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen.

Wenn Sie absehen können, dass Sie Ihre Kreditraten nicht mehr zahlen können, warten Sie nicht – handeln Sie frühzeitig! Hilfsangebote, die Sie bei Zahlungsschwierigkeiten wegen finanziellen Notlagen unterstützen können, stehen an verschiedenen Stellen bereit.

Seien Sie aktiv und nehmen Sie Unterstützungsangebote an:

Kontakt zur Bank aufnehmen	Kontakt zu einer Schuldnerberatung aufnehmen	Anspruch auf finanzielle Unterstützung prüfen
Sprechen Sie offen mit Ihrem Kundeberater über Ihre finanziellen Probleme, damit geprüft werden kann, ob es Möglichkeiten wie Ratenpausen oder Umschuldungen gibt, damit Sie weiterhin Ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen können.	Öffentliche und gemeinnützige Schuldnerberatungsstellen helfen Ihnen, einen Überblick über Ihre Finanzen zu gewinnen und Lösungen zu finden. Sie helfen auch beim Umgang mit Gläubigern. Ansprechpartner sind zum Beispiel: <ul style="list-style-type: none">• Arbeiterwohlfahrt (www.awo.org)• Caritas (www.caritas.de)• Diakonie (www.diakonie.de)• Verbraucherzentrale (www.verbraucherzentrale.de)• städtische oder kommunale Schuldnerberatungen	Wenn Ihr Einkommen nicht reicht, haben Sie möglicherweise Anspruch auf staatliche Unterstützung. Die Beratungsstellen helfen auch hierbei.